

Antrag 139/I/2025**AfB Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Keine soziale Schließung der Berliner Gymnasien**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und Abge-
 2 ordnetenhaus werden aufgefordert, sich gegenüber der
 3 Senatsbildungsverwaltung für eine statistische Auswer-
 4 tung einzusetzen, ab welchem Notendurchschnitt es in
 5 signifikanter Weise zu einem Nichtbestehen des Probe-
 6 jahres („Abschulen“) gekommen ist. Auf dieser Grundlage
 7 soll ein Notendurchschnitt entwickelt werden, der in ge-
 8 eigneter Weise die Eignung für das Gymnasium indiziert.
 9 Der gesetzliche Notendurchschnitt für eine Gymnasial-
 10 empfehlung ist anzuheben, wenn der so ermittelte No-
 11 tenddurchschnitt über dem derzeitigen Notendurchschnitt
 12 von 2,2 liegt.

13

Begründung

15 Mit der letzten Schulgesetzänderung wurde in Berlin die
 16 Möglichkeit des „Abschulens“ am Ende des Probejahrs
 17 auf dem Gymnasium abgeschafft und durch einen Pro-
 18 beunterricht ersetzt. Das bisherige Probejahr stellte ei-
 19 nen enormen Stressfaktor für die Schüler:innen dar. Ins-
 20 besondere die „Abschulung“ machte für die Schüler:in-
 21 nen eine erneute Eingewöhnung auf einer neuen Schu-
 22 le erforderlich, was sich nicht selten nachträglich auf ih-
 23 re Bildungsbiografie auswirkte. Das Probejahr befreite die
 24 Gymnasien von ihrer Verantwortung für den Bildungs-
 25 erfolg der aufgenommenen Schüler:innen. Dies geschah
 26 vor allem zulasten der aufnehmenden weiterführenden
 27 Schulen. Diese mussten zum Ende der 7. Klasse eine nicht
 28 unerhebliche Anzahl an Schüler:innen aufnehmen, was
 29 aufgrund der fehlenden Planbarkeit mit beachtlichen or-
 30 ganisatorischen Herausforderungen einherging. Die Ab-
 31 schaffung des Probejahrs ist deshalb weiterhin richtig.

32

33 Die SPD hatte daher dafür geworben, das Probejahr nach
 34 Brandenburger Vorbild durch ein Chancencenter in Ge-
 35 stalt eines Probeunterrichts zu ersetzen (Antrag 28/I/2021
 36 Berliner Gymnasien gemeinsam weiterentwickeln¹). Dies
 37 hat zuletzt Eingang in den Koalitionsvertrag und in die
 38 jüngste Gesetzesänderung gefunden.

39

40 Die aktuelle Ausgestaltung ist jedoch problematisch.
 41 Wenn von 1.900 Schüler:innen lediglich 56 Schüler:in-
 42 nen den Probeunterricht bestanden haben, deutet dies
 43 auf eine Fehlkonstruktion der derzeitigen Ausgestaltung
 44 hin. Der Anteil der bestehenden Schüler:innen liegt mit
 45 rund 3 % deutlich hinter dem Brandenburger Vorbild (et-
 46 wa 10 % im Durchschnitt). Dieser Eindruck wird dadurch
 47 verstärkt, dass der Berliner Probeunterricht zu keinem
 48 Zeitpunkt mit Vergleichsgruppen getestet wurde. Zuletzt

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und Abge-
 ordnetenhaus werden aufgefordert, sich gegenüber der
 Senatsbildungsverwaltung für eine statistische Auswer-
 tung einzusetzen, ab welchem Notendurchschnitt es in
 signifikanter Weise zu einem Nichtbestehen des Probe-
 jahres („Abschulen“) gekommen ist. Auf dieser Grund-
 lage soll ab dem Übergang 2025/2026 ein Notendurch-
 schnitt entwickelt werden, der in geeigneter Weise die
 Eignung für das Gymnasium indiziert. Der gesetzliche No-
 tendurchschnitt für eine Gymnasialempfehlung ist anzu-
 heben, wenn der so ermittelte Notendurchschnitt über
 dem derzeitigen Notendurchschnitt von 2,2 liegt.

Dabei ist die Berechnung des Notendurchschnitts in einer
 Weise ausgestaltet werden, die alle Pflicht-Schulfächer
 berücksichtigt.

Das so ausgestaltete Eignungsfeststellungsverfahren soll
 in Wiederholung des beschlossenen Antrags 80/I/2024
 auch für den Übergang auf ein grundständiges Gymnasi-
 um gelten.

Ferner ist - gerade in Umsetzung des vielfachen Elternwil-
 lens - der Ausbau der Integrierten Sekundarschulen (ISS)
 und Gemeinschaftsschulen (GemS) voranzutreiben und
 ab dem Schuljahr 2026/27 in jedem Bezirk mindestens ei-
 ne weitere Integrierten Sekundarschule einzurichten.

49 schadet die unzureichende Informationspolitik der CDU-
50 geführten Bildungsverwaltung dem Vertrauen in das Ver-
51 fahren.

52

53 Neben der angekündigten Evaluation der Tests sind aber
54 auch strukturelle Veränderungen erforderlich. Diese müs-
55 sen bereits am erforderlichen Notendurchschnitt für die
56 Gymnasialempfehlung anknüpfen. Dieser muss künftig
57 so gewählt sein, dass er keiner sozialen Schließung der
58 Gymnasien Vorschub leistet.

59

60 Bislang war eine Gymnasialempfehlung zu erteilen, wenn
61 der Notendurchschnitt bei 2,2 lag. Im Bereich von 2,3 bis
62 2,7 hatten die Schulen einen Bewertungsspielraum. Ab 2,7
63 war die Gymnasialempfehlung ausgeschlossen.

64

65 Ab welchem Durchschnitt es in diesem Bereich signifikant
66 zu Abschlüssen gekommen ist, ist bislang nicht unter-
67 sucht worden. Deshalb ist für die vergangenen zehn Jah-
68 re eine Prüfung vorzunehmen, ab welchem Notendurch-
69 schnitt es überhaupt zu signifikanten „Abschlüssen“ ge-
70 kommen ist. Sollte diese Zahl über dem Durchschnitt für
71 eine Gymnasialempfehlung liegen, ist der gesetzliche No-
72 tendurchschnitt (derzeit 2,2) zu erhöhen. Der strenge Pro-
73 beunterricht ist nämlich nur dann gerechtfertigt, wenn
74 für die Feststellung der Gymnasialeignung eine Einzelfall-
75 entscheidung überhaupt erforderlich ist und die Eignung
76 nicht bereits durch einen (ggf. erhöhten) Notendurch-
77 schnitt indiziert wird. Die Kosten für den aufwändigen
78 Probeunterricht können dadurch gesenkt und mehr Ka-
79 pazitäten für eine Einzelfallentscheidung freigestellt wer-
80 den. Schließlich bleibt es der Notendurchschnitt für die
81 Gymnasialempfehlung, der strukturell über die Durchläs-
82 sigkeit des Gymnasiums entscheidet.

¹https://parteitag.spd.berlin/cvtx_antrag/lernen-an-berliner-gymnasien-gerechter-inklusive-besser/